

# Elend und Glamour: Soziale Ungleichheit in Osteuropa seit 1989/90

Dieter Segert

Der untergegangene Staatssozialismus war eine Gesellschaft der Gleichen. Mit ihrer Gleichheit war es aber so eine Sache. Wie es in Orwells „Farm der Tiere“ heißt: „Alle Tiere sind gleich. Aber manche sind gleicher.“ Trotz dieses Einwandes erscheint manchem die Unterscheidung zwischen vergangener Gleichheit und heutiger Ungleichheit plausibel, weil es seit 1989/90 eine rasante soziale Ausdifferenzierung gab. Sie hat den Staatssozialismus nachträglich in ein milderes Licht getaucht. Der vorliegende Essay wird sich mit dem sozialen Wandel und der Entstehung der gegenwärtigen Ungleichheit in Osteuropa beschäftigen – die einigen als gerecht, anderen aber als ungerecht erscheint. Um genauer verstehen zu können, was die Ungleichheit für die Politik und den Alltag in diesen Gesellschaften bedeutet, soll gefragt werden: Wie stand es mit Gleichheit und Ungleichheit im Spätsozialismus? Welche Art von sozialer Ungleichheit bildete sich nach 1989 heraus, und welche Aufgaben für deren politikwissenschaftliche und zeitgeschichtliche Analyse lassen sich identifizieren?

## 1. Soziale Ungleichheit in einer Gesellschaft der Gleichen

Die größte Differenz zwischen Norm und Realität des Sozialismus lag in der tabuisierten Privilegierung der herrschenden politischen Elite – eine Privilegierung, die nicht in absoluten Zahlen zu messen war. In einer Gesellschaft allgemeiner Not war selbst die gute Versorgung mit Lebensmitteln ein Privileg. Wenn es (wie in der späten DDR) an Essen nicht mangelte, konnte die Versorgung der politischen Führung mit westlichen Konsumgütern der eigentliche Skandal sein, wie es sich in den Enthüllungen über die „Waldsiedlung Wandlitz“ (dem Wohngebiet des SED-Politbüros) im November 1989 zeigte. Es gab spezielle Versorgungssysteme, Krankenhäuser und Urlaubsmöglichkeiten der Nomenklatura, abgestuft nach ihrer jeweiligen Stellung in der Hierarchie. Diese Ungleichheit war politisch gewollt, allerdings damals nicht öffentlich zu benennen.<sup>1</sup>

---

<sup>1</sup> Außer natürlich im Westen, wo dann auch die bekannten Bücher von Djilas und Voslensky erschienen: Milovan Djilas, *Die neue Klasse. Eine Analyse des kommunistischen Systems*, München 1957 (u.ö.); Michael Voslensky, *Nomenklatura. Die herrschende Klasse der Sowjetunion in Geschichte und Gegenwart*, Wien 1980 (u.ö.).



Wandlitz, 23. November 1989: Erstmals erhalten Journalisten die Gelegenheit zu Einblicken in die Siedlung des SED-Politbüros, die bis dahin streng abgeschottet gewesen war. In den dortigen Läden gab es keinen überwältigenden Luxus, aber zumindest etliche (teils aus dem Westen importierte) Konsumgüter, die für die sonstige Bevölkerung nicht oder nur schwer erreichbar waren. (Bundesarchiv, Bild 183-1989-123-034, Allgemeiner Deutscher Nachrichtendienst – Zentralbild, Foto: Peter Zimmermann)

Daneben waren noch viele weitere soziale Ungleichheiten relevant. Damit sind weniger die bekannten „zwei Klassen und eine Schicht“ gemeint.<sup>2</sup> Es geht um andere Arten sozialer Schichtung – zum einen um das Gefälle in der Bezahlung zwischen Berufsgruppen bzw. Industriezweigen, zum anderen um Unterschiede in der Verteilung von Gütern der „gesellschaftlichen Konsumtion“. In einer Studie von 2002 haben der ungarische Soziologe Iván Szelényi und seine Kolleginnen diese Phänomene untersucht.<sup>3</sup> Es gab eine Differenzierung nach Industriezweigen: Facharbeiter der Schwerindustrie wurden weit besser bezahlt als solche aus anderen Branchen. Außerdem erhielten bestimmte Gruppen der Be-

<sup>2</sup> Die Sozialstruktur wurde von der marxistisch-leninistischen Gesellschaftswissenschaft durch die drei Gruppen „Arbeiterklasse, Bauern und sozialistische Intelligenz“ gekennzeichnet. Vgl. u.a. Rudi Weidig (Hg.), *Sozialstruktur der DDR*, Berlin (Ost) 1988.

<sup>3</sup> Gail Kligman/Iván Szelényi (in collaboration with Christy Glass and Janette Kawachi), *Poverty and Social Structure in Transitional Societies*, Max-Planck-Institut für Bildungsforschung, Berlin 2002.

völkerung einen besseren Zugang zu Konsumgütern, Wohnungen, Leistungen des Gesundheitssystems oder Urlaubsmöglichkeiten. Aber auch durch ein geschicktes Verhalten konnten bestimmte Akteure einen größeren Anteil der ausgeschütteten Güter erlangen. Diejenigen waren besser dran, die über umfangreiches soziales und kulturelles Kapital verfügten – also Mitarbeiter des Verteilungsapparats und der Intelligenz. Dazu kamen in einigen Ländern wie der DDR oder Ungarn Handwerker, welche ebenfalls überdurchschnittlich gut verdienten.

Die bezeichneten sozialen Unterschiede waren in den einzelnen Ländern unterschiedlich ausgestaltet. In einigen Staaten, vor allem in der Sowjetunion, muss man dazu noch die erheblichen Divergenzen zwischen Stadt und Land oder das erhebliche soziale und kulturelle Gefälle zwischen den Republiken erwähnen. Ab Mitte bzw. Ende der 1960er-Jahre vertiefte sich in Ostmitteleuropa die soziale Ungleichheit zudem durch das Entstehen eines „Konsumsozialismus“.<sup>4</sup> Trotzdem lässt sich im historischen Vergleich nicht übersehen, dass dieser Staatssozialismus durch einen Angleichungstrend gekennzeichnet war. Die Grundlagen dafür waren vor allem die Vollbeschäftigung und die Abschaffung bzw. zumindest deutliche Reduzierung der Unterschiede des Besitzes an produktivem Vermögen. Dazu kam eine Bildungspolitik, die von der These ausging, dass bei gleichen Bedingungen jeder prinzipiell gleiche Chancen auf sozialen Aufstieg und Entfaltung seiner persönlichen Fähigkeiten haben werde.

Insgesamt war dies ein Programm, das soziale Gleichheit förderte. Die Politik der Vollbeschäftigung verbesserte vor allem die soziale Lage der Frauen und gab ihnen finanzielle Eigenständigkeit. Selbst bei den Roma (als einer besonders in Südosteuropa großen ethnischen Gruppe) wurde durch die Vollbeschäftigung Armut reduziert. „Socialism seems to have indeed had a homogenizing effect with respect to class distinctions both across and within countries.“<sup>5</sup>

---

<sup>4</sup> Der „Konsumsozialismus“ war eine Phase, in der die herrschenden Verhältnisse anstatt wie zuvor durch die klassenlose und gerechte Gesellschaft der Zukunft durch eine bereits in der Gegenwart mögliche Entwicklung des Konsums aller Gesellschaftsmitglieder entsprechend ihrer jeweiligen Arbeitsleistungen gerechtfertigt wurden. Der Konsumsozialismus entstand aus dem Wettbewerb mit den Staaten des demokratischen Kapitalismus um den besseren Typ von Wohlfahrtsstaat. Er bildete sich insbesondere in den Staaten Ostmitteleuropas heraus (DDR, Polen, Tschechoslowakei und Ungarn). Vgl. Christoph Boyer, Zwischen Pfadabhängigkeit und Zäsur: Ost- und westeuropäische Sozialstaaten seit den siebziger Jahren des 20. Jahrhunderts, in: Konrad H. Jarausch (Hg.), *Das Ende der Zuversicht? Die siebziger Jahre als Geschichte*, Göttingen 2008, S. 103-119.

<sup>5</sup> Kligman/Szelényi, *Poverty* (Anm. 3).

## 2. Soziale Ungleichheit als Ergebnis der Transformation vom Sozialismus zum Kapitalismus

Welche sozialen Unterschiede haben sich nach 1989 entwickelt? In der sozialwissenschaftlichen Armutsforschung wird vermittels Umfragen retrospektiv verglichen. Demnach hat die Armut in Osteuropa seit 1989 massiv zugenommen. In der schon zitierten Studie von Kligman und Szelényi heißt es: „There is massive pauperisation (downward mobility into poverty) in all countries, more in neo-patrimonial systems, but quite a lot in liberal regimes. In neo-patrimonial systems between 30 and 50% of the respondents were not poor in 1988, but reported poverty in 2000. The same proportion is more modest, but it is still an astonishingly high 10-15% in neo-liberal regimes.“<sup>6</sup> Zu den strukturellen Ursachen jener Armut wird festgestellt, dass Familien mit nur wenig gebildetem und arbeitslosem Vater, alleinerziehende Frauen und Roma-Familien am meisten betroffen waren.<sup>7</sup> Diese Annahme wird durch andere Studien bestätigt, wobei in vielen Ländern Osteuropas (etwa in Tschechien, aber nicht in Polen) zu den strukturell Armen noch die Gruppe der Rentner kommt.<sup>8</sup>

Als wichtigster struktureller Faktor ist die mit der Einführung der Marktwirtschaft sich verbreitende Arbeitslosigkeit zu nennen. Einige Jahre nach dem Start der Wirtschaftsreformen stieg die Arbeitslosigkeit in der Regel stark an. Besonders in der zweiten Hälfte der 1990er-Jahre und nach Beginn der Wirtschaftskrise 2008 waren häufig über 10 Prozent, in Bosnien, Mazedonien und Montenegro sogar bis zu 40 Prozent der Arbeitswilligen arbeitslos gemeldet.<sup>9</sup>

<sup>6</sup> Vgl. ebd. Die Autoren unterscheiden zwei Typen von entstehendem Kapitalismus: den „neoliberalen“ Typ (Polen und Ungarn) sowie den „neopatrimonialen“ Typ (Bulgarien, Rumänien und Russland).

<sup>7</sup> Siehe ebd.

<sup>8</sup> Vgl. für Polen Barbara Szatur-Jaworska, Die Situation älterer Menschen in Polen, in: *Polen-Analysen* Nr. 87, 5.4.2011, URL: <<http://www.laender-analysen.de/polen/pdf/PolenAnalysen87.pdf>>, S. 8, Tabelle 7. Für Tschechien hebt Večerník folgende soziale Gruppen als besonders gefährdet hervor: alleinstehende Rentner, Paare mit mehreren Kindern und nur einem verdienenden Familienangehörigen sowie alleinerziehende Frauen oder Männer. Die Lage der Roma hat er offensichtlich nicht untersucht. Siehe Jiří Večerník, Who is Poor in the Czech Republic? The Changing Structure and Faces of Poverty after 1989, in: *Czech Sociological Review* 40 (2004), S. 807-833, hier S. 815, S. 818, S. 826.

<sup>9</sup> Zur Entwicklung der Arbeitslosigkeit in den postsozialistischen Staaten Südosteuropas, wo besonders hohe Arbeitslosenraten zu verzeichnen waren, siehe Heinz Faßmann/Dieter Segert, Introduction to the issue: „Stable democratic institutions in spite of weak popular support – A comparison of the Southeast European democracies“, in: *Southeastern Europe* 36 (2012), S. 291-303, hier S. 295. Zur Entwicklung der Arbeitslosigkeit in allen zehn EU-Kandidatenländern Ostmittel- und Südosteuropas, die 2004 bzw. 2007 aufgenommen wurden, vgl. auch die „Fortschrittsberichte“ („Progress Reports“), die die Europäische Kommission seit 1998 veröffentlicht hat. Sie enthalten im jeweiligen statistischen Anhang Wirtschaftsdaten seit dem Jahr 1993: <[http://ec.europa.eu/enlargement/archives/key\\_documents/reports\\_1999\\_en.htm](http://ec.europa.eu/enlargement/archives/key_documents/reports_1999_en.htm)>.

Auch in Analysen des „Index der menschlichen Entwicklung“ (Human Development Index, HDI) wird Arbeitslosigkeit als eine Ursache wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Exklusion bezeichnet.<sup>10</sup> Mit dem HDI wird eine Kombination von Lebenserwartung, Schulbildung und Pro-Kopf-Einkommen der Bevölkerung gemessen. Der Index weist in den 1990er-Jahren für die Länder Osteuropas einen negativen Trend auf. Zwischen dem Bericht von 1990 (mit Daten von 1985 bzw. 1987) und demjenigen von 2002 (mit Daten von 2000) hat sich die Position Bulgariens um 35 Plätze verschlechtert. Die Tschechische Republik ist (verglichen mit der Tschechoslowakei) als Land um 8 Plätze nach unten gewandert. Ungarn verlor 5 Positionen.<sup>11</sup>

Zahlreiche Hinweise zu der sich entwickelnden Armut und ihren Ursachen finden sich auch in den verschiedenen Länder-Analysen der „Forschungsstelle Osteuropa“ der Universität Bremen, vor allem in den seit 2003 erscheinenden Russland-Analysen.<sup>12</sup> Die Armut hatte 1999 einen Höhepunkt erreicht.<sup>13</sup> Zu diesem Zeitpunkt wurden ca. 40 Prozent der Bevölkerung als arm eingeschätzt. Bis 2002 sank dieser Anteil wieder auf knapp 20 Prozent. Auch die niedrigen Altersrenten sind für Armut verantwortlich.<sup>14</sup> Statistisch gesehen sind russische Einkommensarme älter als die finanziell besser gestellte Bevölkerung. Sie leben häufiger in Dörfern und Kleinstädten als in den Großstädten.<sup>15</sup>

Häufig sind soziale Lage und ideologische Orientierung verkoppelt: In Serbien wurde im Herbst 2010 die (westliche) Demokratie stärker von denen unterstützt, die sich selbst als Gewinner des wirtschaftlichen und sozialen Umbruchs ansehen.<sup>16</sup> Auch der politische Konflikt von 2012 um den rumänischen Staatspräsidenten Basescu und die von ihm repräsentierte marktradikale Wirt-

<sup>10</sup> Siehe etwa den Bericht des United Nations Development Programme (UNDP), *Beyond Transition. Towards Inclusive Societies*, Bratislava 2011, URL: <[http://hdr.undp.org/en/reports/regional/europethesis/RBEC\\_HDR\\_2011\\_EN.pdf](http://hdr.undp.org/en/reports/regional/europethesis/RBEC_HDR_2011_EN.pdf)>, S. 18ff.

<sup>11</sup> Vgl. UNDP, *Human Development Report 1990*, New York 1990, URL: <<http://hdr.undp.org/en/reports/global/hdr1990/chapters/>>, S. 128f., und UNDP, *Human Development Report 2002*, New York 2002, S. 149f., URL: <<http://hdr.undp.org/en/reports/global/hdr2002/>>.

<sup>12</sup> <<http://www.laender-analysen.de/russland/>>. Als ausgewählte Beiträge zur sozialen Lage siehe Nr. 44, 5.11.2004: Armut; Nr. 49, 10.12.2004: Sozialpolitik; Nr. 100, 19.5.2006: Wirtschaft und Gesellschaft: Bestandsaufnahme; Nr. 200, 7.5.2010: Arbeitslosigkeit/Sozialstatistik.

<sup>13</sup> Hierbei muss allerdings ergänzt werden, dass in Russland wie auch in anderen postsowjetischen Ländern (u.a. der Ukraine) das Geldeinkommen durch den Anbau von Lebensmitteln für den Eigenbedarf ergänzt wurde. Teilen der Bevölkerung wurde in den 1990er-Jahren Land zugewiesen, das sie mit dem Ziel der Selbstversorgung bebauen konnten.

<sup>14</sup> Vgl. *Russland-Analysen* Nr. 200 (Anm. 12), S. 5, und Nr. 44 (Anm. 12), S. 6-11.

<sup>15</sup> Siehe *Russland-Analysen* Nr. 49 (Anm. 12), S. 9: Während in St. Petersburg 2002 nur gut 3 Prozent der Bevölkerung als unterhalb der Armutsgrenze lebend eingeschätzt wurden, in Moskau knapp 9 Prozent, waren es in der Republik Dagestan fast 56 Prozent. Generell ist im postsowjetischen Osteuropa die Lage der Bevölkerung in den Hauptstädten sehr viel besser als „in der Provinz“.

<sup>16</sup> Vgl. Dieter Segert/Heinz Faßmann, Einführender Beitrag zum Themenschwerpunkt: Demokratie in unsicheren Räumen – demokratische Erwartungen, soziale Realität und Migration in Serbien, in: *Der Donaauraum* 66 (2012), S. 7-20, hier S. 16.

schaftspolitik zeigt, welchen Einfluss es haben kann, wenn sich die Bevölkerung in Gewinner und Verlierer spaltet. Wer nach Ausbruch der Wirtschaftskrise einen deutlichen Abstieg erlebt hatte, stimmte für die Ablösung des Präsidenten; die sozialen Aufsteiger hingegen stützten ihn, indem sie das Referendum über seine Ablösung boykottierten.



Bukarest, Juli 2012: Vor dem Parlamentspalast, dem früheren „Haus des Volkes“, verweist ein Plakat auf das Referendum über die Absetzung des Staatspräsidenten Traian Băseșcu („Ja. Ich will die Absetzung! Weil man mir die Rente geklaut hat!“). Das Referendum scheiterte an einer zu geringen Wahlbeteiligung; Băseșcu konnte im Amt bleiben.

(Foto: Eric Pawlitzky)

Im Hinblick auf die transformationsbezogene Armut muss zwischen den Ländern Osteuropas unterschieden werden. Die konkreten Ausprägungen von Armut haben natürlich auch mit dem wirtschaftlichen Entwicklungsniveau der betreffenden Gesellschaft und der Stärke des jeweiligen Sozialstaats zu tun. An dieser Stelle kann nicht genauer auf solche Ausdifferenzierungen eingegangen werden; es gibt aber eine umfangreiche Literatur zum Thema.<sup>17</sup>

Soziale Ungleichheit hat außer der Armut noch einen anderen Pol, die Entstehung einer Klasse von „neuen Reichen“ nach 1989. Erst aus dieser Schere von Einkommen oder Besitz ergibt sich das ganze Bild. Die neuen Reichen (bezogen auf Russland spricht man auch von „nove russkie“) sind in ihrer sozia-

len Existenz und kulturellen Erscheinung sozialwissenschaftlich bisher weniger erforscht. Angaben über die „nouveau riches“ finden sich meist in journalistischen Artikeln.<sup>18</sup> So wird etwa regelmäßig die aktuelle „Forbes“-Liste zur Gruppe der „Superreichen“ in den verschiedenen Ländern ausgewertet. In einem „Spiegel“-Artikel vom März 2011 wird in diesem Sinne festgestellt, dass „die Hauptstadt der Superreichen [...] nicht mehr New York, sondern Moskau“ sei.<sup>19</sup> Von journalistischem Interesse ist auch die Zahl der Russen auf jener Liste: 2007 seien es 60, ein Jahr später bereits 110 russische Dollarmilliardäre gewesen;<sup>20</sup> 2011 waren es 101, darunter nur eine Frau. In anderen Ländern des postsozialistischen Osteuropa gibt es bedeutend weniger „Superreiche“. Für die Ukraine meldet die „Forbes“-Liste 2012 acht Personen, Tschechien hat aktuell drei Dollarmilliardäre. Der reichste davon war 2011 auf Platz 97 der Liste notiert.<sup>21</sup>

Ungleichheit wird oft am Gini-Koeffizienten gemessen, der sich auf die Verteilung der Einkommen bezieht. Seit 1989 vergrößerte sich die Kluft zwischen oberen und unteren Einkommen. János Kornai stellte 2006 fest: „The 10 to 15 years since then has been enough to effect a marked increase in the existing levels of inequality [...]“.<sup>22</sup> Im Durchschnitt kam es für alle 2004 in die EU neu aufgenommenen osteuropäischen Staaten zu einem Anwachsen des Gini-Werts um 29 Prozent, während in den 15 alten Mitgliedsstaaten der Gini-Index in diesen Jahren nur um 7 Prozent anstieg. Am deutlichsten ist der Gini-Koeffizient in den Ländern des Baltikums und der Slowakei gewachsen, am wenigsten in Slowenien, Tschechien und Ungarn.<sup>23</sup>

<sup>17</sup> Vgl. u.a. David Lane (Hg.), *The Transformation of State Socialism. System Change, Capitalism or Something Else?*, Houndmills 2007, hier die Kapitel 6 (Bildung in Tschechien) und 10 (Gesundheitswesen in Polen). Zu Tschechien siehe Večerník, *Who is Poor* (Anm. 8). Zur Frage nach einem spezifisch postsozialistischen Typ von Wohlfahrtsstaat in den neuen EU-Staaten siehe Jolanta Aidukaite, *Welfare Reforms and Socio-economic Trends in the 10 new EU Member States of Central and Eastern Europe*, in: *Communist and Post-Communist Studies* 44 (2011), S. 211-219. Zur sozialen Lage im postjugoslawischen Raum siehe Marija Stambolieva/Stefan Dehnert (Hg.), *Welfare States in Transition. 20 Years after the Yugoslav Welfare Model*, Sofia 2011.

<sup>18</sup> Als eine positive Ausnahme siehe Ovsey I. Škaratan (Hg.), *Social'n-ekonomičeskoe neravenstvo i ego vosproizvodstvo v sovremennoj Rossii [Die sozialökonomische Ungleichheit und ihre Reproduktion im modernen Russland]*, Moskva 2009 (dort das Kap. 9: *Vyššie sloi rossijskogo obščestva [Die oberen Schichten der russischen Gesellschaft]*).

<sup>19</sup> „Forbes“-Liste: Milliardärsboom in Russland und China, 9.3.2011, URL: <<http://www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/forbes-liste-milliardaersboom-in-russland-und-china-a-749873.html>>.

<sup>20</sup> Zahl der Milliardäre in Russland hat sich fast verdoppelt, 20.4.2008, URL: <[http://wirtschaft.t-online.de/-forbes-liste-zahl-der-milliardaere-in-russland-hat-sich-fast-verdoppelt/id\\_14835086/index](http://wirtschaft.t-online.de/-forbes-liste-zahl-der-milliardaere-in-russland-hat-sich-fast-verdoppelt/id_14835086/index)>.

<sup>21</sup> Eight Ukrainians make Forbes magazine's list of world billionaires, 8.3.2012, URL: <<http://www.kyivpost.com/content/ukraine/eight-ukrainians-make-forbes-magazines-list-of-wor.html>>; für die Information über die tschechischen Dollar-Milliardäre (Stand 31.10.2011) siehe <<http://www.expat.cz/prague/article/prague-business/richest-czechs/>>.

<sup>22</sup> János Kornai, *The Great Transformation of Central Eastern Europe. Success and Disappointment*, in: *Economics of Transition* 14 (2006), S. 207-244, hier S. 228.

Bezogen auf den tatsächlichen sozialen Einfluss der verschiedenen Gruppen müsste man zusätzlich noch die Ungleichheit des Besitzes an Immobilien und Unternehmen (Vermögensunterschiede) ins Auge fassen und – zumindest für einige wichtige Länder Ost- und Südosteuropas (Russland, Ukraine, Rumänien, Serbien) – die Verflechtung zwischen wirtschaftlicher und politischer Macht berücksichtigen. Dieses letztere Phänomen ist mit dem journalistischen Begriff der „Oligarchen“ bezeichnet worden.<sup>24</sup>



Szene aus dem Dokumentarfilm „Rubljovka – Straße zur Glückseligkeit“ von Irene Langemann, 2007 (mit freundlicher Genehmigung von Wolfgang Bergmann, Lichtfilm GmbH).

Für einen Ausschnitt des Films siehe <<http://www.youtube.com/watch?v=KweGk1aUMHI>>.

Das kulturelle Bild der neuen Reichen in Osteuropa ist widersprüchlich. Einerseits verkörpern sie in der öffentlichen Meinung kriminelles Verhalten und Korruption (dafür steht der Begriff „Kleptokratija“), andererseits den erwünschten Erfolg einer liberalen Ideologie, die jedem den sozialen Aufstieg auf Grundlage eigener Leistung verspricht. Ein Zeichen der historischen „nouveau riches“, der Aufsteiger aus Zeiten schnellen sozialen Wandels im ausgehenden 19. Jahrhundert, wie auch der heutigen „novye russkie“ ist ein besonderer Habitus, das stolze Vorzeigen der Attribute des eigenen Reichtums: Häuser, Autos, Schmuck und Mode.

<sup>23</sup> Ebd., S. 229, Tabelle 6.

<sup>24</sup> Heiko Pleines, Demokratisierung ohne Demokraten. Die Oligarchen in der ukrainischen Politik, in: *Osteuropa* 60 (2010) H. 2-4, S. 123-134; *Russland-Analysen* Nr. 41, 15.10.2004: Oligarchen.

Durch gewöhnliche Arbeit unerreichbarer Besitz wird durch Bilder verkörpert wie die Moskauer Straße Rubljovka, in der die Superreichen ihre Villen gebaut haben, oder durch den legendären Mercedes Maybach. Als ich 2007 Kiew besuchte, erzählte mir ein deutscher Kollege, es gebe „elf Maybachs“ in der ukrainischen Hauptstadt. Bekannt ist auch, dass alle Luxusautomarken des Westens in den Hauptstädten Osteuropas und Ostasiens besonders große Umsätze verzeichnen.<sup>25</sup>

Ein Themenheft der Zeitschrift „kultura. Russland-Kulturanalysen“ widmete sich 2008 der Selbstdarstellung der Reichen und der damit verbundenen sozialen Bedeutung unter der Überschrift des „Glamour“.<sup>26</sup> „Die Verschwendungssucht der neuen Elite wurde von den Massenmedien aufgegriffen“, heißt es dort in einem Beitrag über „Glamour in der Mode“, „mit einem besonderen Flair ausgestattet und mutierte zur exquisiten Show. Auf diese Weise festigte die Schicht der Privilegierten ihren Status, während das breite Publikum zum Konsum angeregt wurde, um sein äußeres Erscheinungsbild den ‚glamourösen‘ Vorbildern anzunähern.“ (S. 4f.) „Glamour [stellt] die Norm dar, der zu genügen ein gewisses Sozialprestige verschafft.“ (S. 6) Weitere Beiträge des Hefts beschäftigen sich mit Fernsehserien über „Glamour“, mit einem kritischen Film zum Thema („Gljanec“ von Andrej Končalovskij) sowie mit der russischen Autorin Oksana Robski, die in ihren Romanen einen Blick in die Welt der Superreichen wirft und damit große Resonanz findet. Generell werden die Selbstpräsentation der Politiker als Stars und das Vorzeigen von Insignien des Erfolgs als eine Art neuer Ersatzideologie wahrgenommen. „In der öffentlichen Imagination des Landes verkörpern führende Politiker und gesellschaftliche Prominenz gemeinsam auf glanzvolle Weise Stil, Reichtum, Status, Kraft, Jugendlichkeit und prestigeträchtigen Konsum.“ (S. 14)

### 3. Forschungsperspektiven

Die Konturen jener nach 1989 in Osteuropa entstandenen „Gesellschaft der Ungleichheit“ haben sich nun abgezeichnet. Wie können Sozialwissenschaften und Zeitgeschichtsforschung damit umgehen? Aus meiner Sicht lassen sich drei Aufgaben für weitere Studien formulieren:

*Erstens* müssen wir uns bewusst sein, dass der Umgang mit Ungleichheit stets normative Aspekte hat. Marktradikale Konzepte sehen die Ungleichheit

<sup>25</sup> In Moskau fuhr nach einem Bericht der „Welt“ 2008 über 130 Maybachs. Ein Maybach kostete ca. 500.000 € Siehe Thomas Geiger, Moskau ist die Hauptstadt des Maybach, 5.5.2008, URL: <<http://www.welt.de/motor/article1966183/Moskau-ist-die-Hauptstadt-des-Maybach.html>>. Wegen zu hoher Produktionskosten werden diese Luxusautos inzwischen allerdings nicht mehr hergestellt.

<sup>26</sup> <[http://www.kultura-rus.uni-bremen.de/kultura\\_dokumente/ausgaben/deutsch/kultura-2008-06.pdf](http://www.kultura-rus.uni-bremen.de/kultura_dokumente/ausgaben/deutsch/kultura-2008-06.pdf)>.

als nötige Voraussetzung für eine erfolgreiche Entwicklung von Effizienz und Leistungskraft der Wirtschaft. Die größere individuelle Leistung müsse auch besser belohnt werden. Wer die neuen Chancen nach 1989 nicht nutzte, habe zu Recht eine soziale Deprivation erfahren. Dieser neoliberalen Konzeption liegt zudem eine bestimmte sozialphilosophische Einschätzung zugrunde: Die menschliche Ungleichheit sei unvermeidlich; wer diese missachte, gefährde die Gesellschaft. Die Gegenposition setzt auf politisch gesteuerte Abmilderung der im globalen kapitalistischen Wirtschaftsprozess entstandenen Schieflagen und Härten. Damit verbunden ist auch ein anderer Demokratiebegriff: In partizipatorischen Demokratiemodellen bedarf eine wirkungsvolle politische Gleichheit einer gewissen Umverteilung der sozialen und kulturellen Ressourcen.<sup>27</sup>

*Zweitens* ist die Analyse von Gleichheit und Ungleichheit im späten Staatssozialismus eine bisher nur teilweise realisierte Forschungsaufgabe. Schon der in diesem Essay benutzte Begriff „Konsumsozialismus“ erfordert weitere Diskussionen. Das Leben in den einzelnen staatssozialistischen Gesellschaften der 1970er- und 1980er-Jahre war deutlich voneinander unterschieden. Um diese Verschiedenheit genauer beschreiben zu können, benötigen wir mehr vergleichende Studien vor allem zum Funktionieren der Institutionen und des Alltags.

Weiterer Forschung bedarf *drittens* der Zusammenhang zwischen unterschiedlichen sozialen, ökonomischen und kulturellen Ressourcen von Menschen in den Gesellschaften Osteuropas und den jeweils herausgebildeten politischen Regimen (Demokratien bzw. neuen autoritären Strukturen). Dort, wo es im Prozess der postsozialistischen Transformation zu einer Konzentration von Ressourcen in den Händen einer politisch-wirtschaftlichen Elite gekommen ist, haben sich relativ stabile autoritäre Strukturen herausgebildet. Die Verteilung von wirtschaftlichen, kulturellen und sozialen Ressourcen im Verlaufe der Transformation auf eine größere Zahl von Menschen hingegen fördert offenbar die demokratische Aktivität dieser Gesellschaften. Insofern ist die Analyse des weitreichenden Erbes der 1990er-Jahre, des osteuropäischen Transformationsjahrzehnts, von großer Bedeutung für das genauere Verstehen der möglichen politischen Alternativen in den Staaten der Region.

Prof. Dr. Dieter Segert, Universität Wien, Institut für Politikwissenschaft, Universitätsstr. 7, A-1010 Wien, E-Mail: dieter.segert@univie.ac.at

<sup>27</sup> Siehe Paul Hirst, *Representative Democracy and its Limits*, Cambridge 1990, hier S. 38f. Vgl. auch Dieter Segert, Populismus in Ostmitteleuropa: Stimme der Transformationsverlierer oder Gefährdung der Demokratie?, in: *Berliner Debatte Initial* 22 (2011) H. 1, S. 53-65.